

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeiter n. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsstundenzug Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigepfaltete Peili-
zeile 50 Pf., für die Zehntelstelle 30 Pf.

Lohnprobleme nach dem Kriege.

Von Wilhelm Janßen.

In den deutschen Unternehmertreissen wird bereits die Frage der Lohnfürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erwogen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eringabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen einräumen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Durchsetzung der Lohnkürze befürchtet sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eringabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt; aber die Besprechungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestellt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsnachweise ausgebaut werden.

Gegen eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzubwenden. Nur muß von ihr verlangt werden, daß sie nicht einzelne Arbeitsgruppen herausgreift, die infolge ihrer Qualifikationsarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben, sondern daß sie auch die niedrigsten entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Berücksichtigung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern, weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppiert wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eringabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnreduktion zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der eine Vorteil, daß bereits jetzt Allerheil über den Weg geschaffen wird, den zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände fünfzig wieder zu gehen beabsichtigt. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der Arbeiterschaft ein, wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der rheinisch-wesfälischen Großindustrie inspiriert ist. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampf vorziehen werden. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifvertragshaus mit den Gewerkschaften stehen. Allein, der verbündende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die Deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollen Kämpfe zu provozieren.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften gar nicht darauf an denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden militärische Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Dazu sind heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege ausreichend festzustellen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebensoviel theoretisch für die Erhöhung der Gewerkschaftsarbeit im Kriege, wie sie wahrscheinlich sein kann, zu für die Löhne nach dem Kriege. Aber, und daran kommt es an, die Kosten für den

Lebensunterhalt der Arbeiter werden noch lange nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenmangel und damit die hohen Preise noch lange andauern werden, und weil anderseits auch der schlechte Valutastand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Fortsetzung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden, und die Arbeiterschaft wird darüber hinaus selbstverständlich danach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.

Über die auf dem deutschen Arbeitsmarkt mögliche Lohnhöhe entscheidet freilich zunächst der Ausgang des Krieges. Die Erkenntnis dieser Tatsache war mit ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften im Kriege. Die Gewerkschaften haben jenen „internationalistischen“ Gedankengang entschieden abgelehnt, daß es dem deutschen Arbeiter gleichgültig sein könne, wer im Kriege Sieger bleibt, ob Deutschland oder die zaristische Koalition. Wer das im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ erschienene „Gewerkschaftliche Kriegsbuch“ aufschlägen wird, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Niederlage Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandard herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zunehme machen müßte. Das zu verhindern, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften nach glücklichem Ausgang des Krieges, den sie mit erstrebt und erklungen haben, die Früchte nicht dem Unternehmerium allein zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerorganisationen nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Lebtsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unabdinglich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände rätseln sich sehr, wenn sie ihre Hoffnungen auf die Zersplitterung der Arbeiter setzen. Die Sozialdemokratie ist gespalten, das ist richtig, und es wird auch versucht, die Zersplitterung in den Gewerkschaften zu tragen. Aber hier werden die Erfolge ausbleiben. Die Gewerkschaften werden mit denen, die die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu um so mehr verpflichtet, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was in Aussicht steht, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht zusammengehalten und kompffähig erhalten bleibt: Lohnreduktionen. Ver schlechterung der Arbeitsbedingungen wären nach der Haltung dieser maßgebenden Arbeitsorganisation die unabdinglichen Folgen. Aber weil das in Aussicht steht, werden die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Masse selbst sich die Zersplitterung vom Halse halten. Auf die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Unternehmerlager nicht rechnen; diese ihre Hoffnung ist eine Illusion.

Die Behauptungen in der Unternehmerpresse, daß die „hohen Löhne“ nicht aufrechterhalten werden können, sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge ausbleiben, sind irreführend. Denn erstens sind die „hohen Löhne“ nicht unbedingt für die Entlohnung der Gesamtarbeiterchaft — und über die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die für Branchen mit geringeren Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter, und es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bilden, einen vernünftigen Maßstab für die Regelung dieser Frage zu finden, der auch die Arbeiter bestreiten kann.

Sobald aber wird die Nachfrage nach Waren aller Art nach dem Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Waren hinaus mit Aufträgen zu hohen Preisen versehen sein wird — ein gutes Ende des Krieges vorausgesetzt. Der schlechte Valutastand wird dem Export zunächst förderlich sein, so daß auch die Exportindustrie auf lohnenden Absatz rechnen kann, sobald es ihr gelingt, Rohstoffe heranzuschaffen. Für sie wird auch von Vorteil sein, daß die Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gestiegen sind, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnkonto nicht beeinträchtigt wird.

Es ist aus allen diesen Gründen durchaus unberechtigt, wenn die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits darangehen, Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitslöhne zu ergreifen. Solange der Ausgang des Krieges nicht endgültig feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die deutschen Interessen; denn es muß in den Reihen der Arbeiter maßlose Erbitterung wecken, wenn sie sehe, daß herborragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größeren Sorgen haben, als die, wie sie nach Schluß des Krieges die Entlohnung der Arbeiter herunterdrücken können. Dagegen front zu machen, ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Bevorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands erblicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Eventualitäten rüsten.

Hebt die Verhandlungen mit dem Verband

Sächsischer Konsumvereine

Liegt jetzt der Bericht vor. Für unsere Kollegenschaft ist nach dem Rundschreiben des Verbandes folgendes festgestellt:

Es wird den dem Verband sächsischer Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften empfohlen, die jetzt geltenden Teuerungszulagen aufzuhoben und dafür folgende Sätze zu gewähren:

1. Für ledige männliche und weibliche Arbeiter und Angehörige sowie für Kriegsgetraute, die keinen eigenen Haushalt führen, und für Frauen, deren Männer erwerbstätig sind, oder die Kriegsunfähigkeitsbezeichnung haben, 20 Pf.
2. Für verheiratete Männer mit bis zu zwei Kindern oder Frauen, die bis zu zwei Kindern allein zu ernähren haben, 25 Pf.
3. Für verheiratete Männer und Frauen, die mehr als zwei Kinder zu ernähren haben, 30 Pf.

Die vorliegenden Sätze sollen sich erhöhen: für die Konsumvereine „Vorwärts“, Dresden, und Dresden-Pieschen um $\frac{1}{2}$ Pf.

für den Allgemeinen Konsumverein Chemnitz und die Konsumvereine Gahlenz, Hilbersdorf, Schönen und Neustadt bei Chemnitz, Döbeln und Hartha für Verbraucher und Verheiratete mit mehr als zwei Kindern um 5 Pf.

für die Genossenschaften in Leipzig-Plagwitz, Leipzig-Döhlitz, Riesa, Borna bei Leipzig, Nergersdorf, Löbau, Lößnitz, Meertane, Olbernhau, Lichtenau, Zwidau, Grimmaischau, Aue, Riesa, Meißen, Weinböhla um $\frac{1}{2}$ Pf.

Die Teuerungszulagen berechnen sich auf Grund der Vertrags- oder Tariflöhne. Überhunden scheiden bei der Berechnung aus.

Sind seit 1. Oktober 1916 in Rücksicht auf die Teuerung außerordentliche Erhöhungen der Vertrags- oder Tariflöhne vorgenommen worden, so können diese auf die zu gewährenden Teuerungszulagen ganz oder zum Teil angerechnet werden.

Die Teuerungszulagen sollen pro Woche mindestens betragen

für das Erzgebirge, das Vogtland, die Oberlausitz und den Bezirk Chemnitz (außer dem Allgemeinen Konsumverein Chemnitz und den Vereinen in den Orten Schönau, Gahlenz, Hilbersdorf und Neustadt bei Chemnitz) pro Woche M. 3.
in den übrigen Vereinen pro Woche M. 4.
beim Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, und Dresden-Pieschen pro Woche M. 5.

Als Kinder gelten auf Grund der Unterhaltungspflicht zu ernsthaften Angehörigen bis zum Alter von 15 Jahren. Die erhöhten Leuerungszulagen auf Grund der vorliegenden Vereinbarungen sollen ab 1. November 1917 gestoppt werden, und wird erwartet, die eine bis zur Beendigung in den Vereinen bestehende Differenz seit 1. November nachzuzahlen. Die vorliegenden Vereinbarungen gelten bis zum 30. April 1918.

Den Vereinen wird ferner empfohlen, in ihrer nächsten, bedingt zu berücksichtigenden gemeinschaftlichen Sitzung auf Grund des vorliegenden Mündungsbeschlusses die Leuerungszulagen zu beschließen und die Auszahlung an ihre Arbeiter und Angestellten vorzunehmen und nicht erst besondere Eingaben und Vorstellungen des Personals oder der Gewerkschaften abzuwarten. Direkte Verhandlungen seitens der beteiligten Gewerkschaften mit den in Frage kommenden Konjunkturvereinen ohne Begründigung des Secretariats des Verbandes jährlicher Konsumvereine sollen unterbleiben, ebenso etwaige einseitige Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern an den Generalversammlungen der Vereine zwecks Übertragung dicker Forderungen dorthin.

Besonders wird noch auf den Beschluss des Tarifamts hingewiesen, der dahin geht, dass direkte Verhandlungen des Personals mit den Vereinsleitungen oder Verhandlungen von Gauleitungen der Verbände mit den Vereinen hinreichlich der Leuerungszulagen unzulässig sind. Solche Verhandlungen sollen nur unter Hinzuziehung der Centralversammlungen der Gewerkschaften und des Verbands jährlicher Konsumvereine stattfinden.

Die vorliegend vorgeschlagenen Leuerungszulagen sollen für alle in Konsumvereinen Beschäftigten, also auch für die Vorstandsmitglieder, Geltung haben.

In vorliegenden Streitfallen sind die Leuerungszulagen so lange weiter zu zahlen, als nach den bestehenden Abschirmungen Lohn oder Gehalt weiterzuzahlen sind.

Vorarbeiten und kein Ende.

Der Bäckmeister einer größeren mitteldeutschen Konsumvereinssiederei schreibt uns:

„Es geht jetzt wieder großer Betriebe zu den meistigen Artikeln, die über obiges Thema geschrieben wurden, wenig geäußert. Eigentlich mit Unrecht; denn sie sind es doch, die die Theorie aus der Theorie in die Praxis umzusetzen haben. Ich sehe und ich manchen Kollegen beim Lesen der Artikel den Kopf schütteln. So erging es auch mir. Denn in den vielen Befürwortungen für Vorarbeiten treten oft Aussichten auf, die einfach gefallen gesagt, von wenig praktischer Bildung zeugten. Dabei kann man das Gefühl nicht loswerden, daß selbst die eifrigsten Verfechter der Vorarbeiten, so ein klein wenig auch dabei an die Rechtlichkeit denkend, von ihren Behauptungen gar nicht mal überzeugt sind. Man weiß ja doch, daß mit dem Erstreben von Vorarbeiten eine Durchführung des Nachabfuhrverbotes erreicht werden soll, und es liegt so zweckbar nahe, daß es dann auf einmal eines Tages „notwendig ist, das Recht ein wenig zu erneuern, die Kontrolle wird schwächer, und der Gesetzesvertretung ist wieder Zeit und Raum geöffnet.“

Man zieht bis jetzt von einigen jährländlichen Ausführungen abzugehen, die Gründe der Nacht- und Vorarbeit einfach mit den drei Worten: „es geht nicht“ abzutun.

Was geht denn eigentlich nicht? Heute, wo die Menschen liegen gelassen und die Wagen ohne Pferde und die Schiffe nicht auf, sondern unter dem Wasserpiegel fahren, sollte es nicht möglich gemacht werden können, daß weder Amt noch Vorrecht in der Bäckerei notwendig ist? Es geht sehr gut, wenn man nur will, und wo ein Will ist, da ist bestimmt auch ein Weg.

Man hat nun schon zugegeben, daß bei dem Beginn der Arbeit um 6 Uhr des Morgens die Sauer um 10 beginnen müsse um 11 Uhr abends geleistet werden können, während vor noch nicht langer Zeit gefragt wurde, die Sauer müßten höchstens drei bis vier Stunden vor Arbeitsbeginn gestellt werden.

Auf eine Abhandlung im kleinen möchte ich heute verzichten; nur das eine sei mir gestattet zu sagen:

Es geht sehr wohl die Sauer bis zu 15 und 18 Stunden ab werden zu lassen, ohne daß sie eine falsche Sauer entweder über von der Frischheit einbüßen. Wer das nicht einzusehen vermag, muss es eben fernhalten, denn an bösen Zügen oder Unzulänglichkeit darf der Kulturförster nicht übersehen.

Für Weißbrotbäckerei kann die Gewährung von Vorarbeiten gar nicht in Betracht gezogen werden, weil das Festigstellen von Frischbrot doch nicht möglich ist, selbst wenn die Zeige um 5 Uhr des Morgens zum Aufarbeiten bereit und, unter der Vorsetzung, daß der Arbeitsbeginn um 6 Uhr früh erfolgt würde, was heute noch nicht besteht. Das Frühgebäck würde zum Verlust und zum Verzehr zu spät fertig werden. Um eben noch genug bei der ersten Stunde der Dokumentation auf dem Kaffeeplatte freizuhaben zu können. Ein früher Beginn der Arbeit wäre aber doch wieder als Nacharbeit angesehen, zu der wir doch nicht wieder zurückkehren wollen.

Dann fragt sich der Konkurrent und auch der Verbraucher: Was soll denn des Morgens zum Kaffee gegeben werden? Da müssen es denn abends warme Brötchen sein? Nein, und bestreite Gauern können das auf ihre Art.

Hier liegt für den Bäckermann ein weites Feld zur Gestaltung seiner Freiheit frei, um neuen Verhältnissen und Anforderungen gerecht zu werden. Und dies nicht nur den Bäckern, sondern es wird auch dadurch zu tragen, daß Menschen, die so lange unter den ungünstigsten Bedingungen für den bestmöglichkeitssicheren Kaufmarkt vollbringen müssen, auch vornehm Menschen sein können.

Interessieren Sieger — hoffentlich sind es alle — in der Tagespresse mit großem Eifer verfolgt haben. Da jetzt endlich wieder ein gewisser Sicherungszustand Platz gebracht zu haben scheint, lassen sich die in die Zukunft führenden Wege einigermaßen überblicken und für uns kommt hierbei in Frage, was die Arbeiterschaft in Bezug auf die Erfüllung ihrer sozialpolitischen Forderungen erhoffen kann. Hier ist die Leitung des Reichsamts des Innern von ausschlaggebender Bedeutung, und gerade dieses war in den letzten Wochen das umstrittenste Amt. kaum war hier ein Mann eingezogen, gegen den sich zwar sofort ein entschiedener Widerstand der industriellen und politischen Schartmacher gestellt machte, auf den aber die Arbeiterschaft große Hoffnungen setzte — Dr. Schwander, der ja auch ins Bäckeramt die rechte Zusicherung gab, daß er das dauernde Nachabfuhrverbot bald auf den geistlichen Weg bringen werde —, da verschwand er schon wieder, um einem Freiherrn v. Stein Platz zu machen, der für die große Klasse ein noch völlig unbeschriebenes Blatt ist. Die den politischen Vertretern der Arbeiterschaft beim Amtsantritt des jetzigen Reichslandrats, des Grafen v. Hartung, gemachten Versprechungen sind allerdings in so bestimmten Formen abgegeben, daß von ihnen nicht so leicht loszukommen sein wird, ob aber ihre Erfüllung sich nun so glatt vollzieht, wie die „Internationale Korrespondenz“ es in einem Artikel, den wir, etwas gefürchtet, zur allgemeinen Orientierung hier folgen lassen,

auch wenn diese Verträge und die Streitabrede nach der Gewerbeordnung, § 152, Absatz 2, ohne jede verpflichtende Rechtskraft waren. So handelt es sich hier weniger um materielle Entscheidungen, um wirkliche Verschiebung der Massenmachtverhältnisse, als vielmehr um die Befestigung eines krämernden Unrechts, das man der Arbeiterschaft aufgesetzt hat und dessen Überwindung ein Threnpunkt für sie ist.

Die Schaffung von Arbeitersammeln nicht schon seit drei Jahrzehnten im Mittelpunkt der sozialpolitischen Gründerungen. Es darf daran erinnert werden, daß die Gewerkschaftslongstrecke sich wiederholte mit großer Mehrheit gegen Arbeitersammeln und für Arbeitersammeln ausgesprochen haben. Der Unterschied zwischen beiden besteht bekanntlich darin, daß Arbeitersammeln nur Interessenvertretungen der Sohnempfänger sind, während Arbeitersammeln Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam umfassen. Man darf aber nicht an den Worten lieben. Auch die Sozialdemokratie hat nichts gefordert, daß neben den reinen Arbeitersammeln eine Institution geschaffen würde, die Arbeit- und Unternehmervertreter gemeinsam umfasse; nur nannten wir sie nicht Arbeitersammeln, sondern Arbeitersamt. Schafft man statt Arbeitersammeln und Arbeitersamt eine Arbeitersammel, in der die Unternehmervertreter so viel Bewegungsfreiheit haben, wie in einer selbständigen Arbeitersammel, dann ist das ebenso gut wie die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaftslongstrecke. Und dieser Weg der Arbeitersammel in dem unschriebenen Sinne empfiehlt sich praktisch deshalb, weil ihn die christlichen und Kirch-Dundernden Gewerkschaften eingeschlagen haben; es können sich also auf ihm alle Arbeiter zu praktischer Arbeit zusammenfinden. Sehr wünschenswert ist weiter die Verbindung der Arbeitersammeln mit der Vertretung der Angestellten, denen man eine besondere Sektion für Angestellte zubilligen könnte. Besonders Arbeitersammeln würden diese Einheitslösung weitaus vorziehen.

Reben diesen beiden Reformen, die in kurzer Frist durchgeführt werden müssen, soll und wird eine große Sachverständigenkommission gebildet werden, welche für die Zeit nach dem Kriege den Neuaufbau des Arbeiterschles gründlich vorbereitet. Wir brauchen nur an Fragen, wie das Landarbeiterrecht, das Gewinderrecht, das Staatsarbeiter- und Staatsbeamtenrecht, die Ordnung des Tarifvertragswesens, den Gruppenakkord, den Koloniallohn und dergleichen nicht zu erinnern, und jeder wird sich sofort bewußt, wieviel Rücken und Mängel die Gesetzgebung hier noch auszubessern hat. Aber das ist eine wichtige Arbeit, die schwierig noch während des Krieges fertig wird.

So besteht das sozialpolitische Programm der Regierung aus fast selbstverständlichen Notwendigkeiten und aus Zukunftsnötig. Bei zu tun und zu leisten ist da für den neuen Mann nicht. Wenn er bloß nicht lädt und hindert, werden sich diese Fragen beinahe von selbst lösen.

Ansichtlich des Rücktritts Dr. Schwanders ist auch der alte Wunsch, eine Dreiteilung des Reichsamtes des Innern herbeizuführen und ein Reichsamt für Sozialpolitik zu errichten, neu aufgelebt; man hofft, jetzt die Trennung der sozialpolitischen Angelegenheiten vom Reichswirtschaftsamt durchdrücken zu können.

Diese Dreiteilung würde ohne Zweifel ein großer Fortschritt sein und im Reich den nachhaltigsten Einfluß erweisen.

Herr Dr. Schwander ist also aus der Leitung des Reichsamtes des Innern gegangen, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat offiziell bestätigt, daß sein Rücktritt lediglich aus persönlichen Gründen erfolgte. Sein Nachfolger, um es vorweg zu nehmen, ist der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Freiherr v. Stein, den noch Delbrück aus Saar-Lorraine. Er zum Mitarbeiter in Wirtschaftsfragen geholt hat. Nach außen ist Freiherr v. Stein bisher nicht hervorgetreten; so ist das einzige Lob, das ein Chilcher ihm zuerkannt form, dies: es kann ihm niemand etwas Schlechtes nachsagen.

Von allen Regierungsräten ist erfreut bekannt worden, daß Schwanders Rücktritt am sozialpolitischen Programm der Regierung nichts anderes, und diese Angabe verdient allen Glauben. Schon Bethmann hatte nämlich dieses sozialpolitische Programm angenommen, das in Aufzeichnung des § 153, Arbeitersammelgebot und Vorarbeiten für ein neues Arbeitersamt bestand; unglücklicherweise fand Herr Helfferich diese Zeit, sich mit den sozialpolitischen Problemen weiter praktisch zu beschäftigen. Der zweite Reichskanzler im Kriege, Dr. Ritterbusch, mochte sich dieses sozialpolitische Programm vom ersten Tage seiner Amtszeit an zu eigen. Durch eifriges Drängen gewann er Schwander für seine Durchführung. In einer Erklärung über seinen Rücktritt, die in der „Sächsischen Zeitung“ steht, legt Schwander, er habe sich Skrupellos verhaftet und hätte auch bei diesem auszuschalten, glaubte sich aber durch den Kanzlerwechsel von jener Zuage befreit. So treten Helfferich und Freiherr v. Stein eine alte Freundschaft an, die sie unmöglich ausschlagen können. Von diesem sozialpolitischen Programm kommt seine Regierung mehr los, jeden deshalb, weil es lediglich Dinge enthält, die nach der Erfahrung der letzten drei Jahre unzureichend und unzufrieden geworden sind. Wir dürfen unsere Gegner nicht für dummkopf halten: wegen § 153 und Arbeitersammelgebot stützt das Schartmatherium keinen Reichswirtschaftsamt; denn es weiß, daß der nächste Sieg auch machen muß. Die Verlogen kommen und werden Geht. Die Verzögerungen durch den häufigen Ministerwechsel sind natürlich bedauerlich, ändern aber an diesem Tag nichts.

Sagen wir uns diese sozialpolitischen Reformen etwas näher an. Es handelt sich um die Beseitigung jener staatlichen Behinderungen, die der Ausübung des Sozialstaates, ausnahmsgeebnische Schranken zogen. § 153 der Reichsgewerbeordnung zum Beispiel gilt sich ausdrücklich als Sondergesetz; er greift nur bis, wenn Gewaltdrohung oder Bedrohung beim Streit zur Anwendung kommen, die nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht bestraft werden können; sollen die begangenen Handlungen somit unter das Strafgesetz fallen; denn kommt die Sonderbestimmung des § 153 nicht zur Anwendung. Genau ebenso ist der Erpressungspatent in seiner besonderen Auslegung und Anwendung auf die Arbeiterschaft ein Maßnahmenrecht. Praktisch haben diese Bestimmungen die wirtschaftlichen Disziplinierungen zwischen Unternehmen und Arbeitern unter sich fast eliminiert. So die Kreditkasse darf genug erpariert sein, wurde die Teilnahme im Kombinat bestimmt, getilgt und der Weisung von Tarifverträgen ergrungen,

Wirtschaftliche Rundschau.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrem Nachruf für Dr. Helfferich besonders auch der Tätigkeit des verlorenen Kanzlers und Staatssekretärs auf dem Gebiete der sogenannten Übergangswirtschaft gedacht. „Bei der Arbeit an der Ausgestaltung der Kriegswirtschaft und der Schaffung der Grundlagen der Übergangswirtschaft hielt Dr. Helfferich gegen manche Gegenströmung an dem Ziele fest, den freien Unternehmungsbereich im Wirtschaftsleben nicht über das Maß des Notwendigen hinaus beschränken zu lassen und Gewalt für seine Wiederherstellung zu schaffen.“ Diese vermeintlich rücksichtige Worte enthalten in Wirklichkeit eine starke Kritik der Wirtschaft, die Helfferich auf wirtschaftlichen Gebieten in seiner amtlichen Stellung entfaltet hat; denn ihm trifft der Vorwurf, nicht nur wichtige positive Maßnahmen unterlassen, sondern falsche Vorstellungen über die Grundfragen der Übergangswirtschaft verbreitet und befestigt zu haben. Sein Tun war um so schlimmer, weil ihm seine Herkunft aus dem Directorium der Deutschen Bank in vielen Kreisen eine Autorität verlieh, auf die er durch Leistungen als Wirtschaftspolitiker ein Amtrecht noch nicht bewiesen hat. Helfferichs Programm bestand in der Sicherung, daß alles in unserm Wirtschaftsleben schnell wieder so werden solle, wie es vor dem 1. August 1914 gewesen ist, und daß keine staatlichen Eingriffe erfolgen würden, die geeignet wären, eine derartige Entwicklung zu hemmen. Das galt manchen Leuten als der Ausdruck höchster Weisheit, die eben nur an dem einen Fehler franz, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausging, unverzüglich falsch gewesen sind.

Vor allem muß man sich klar darüber sein, daß die Grundlagen der Produktion und des Weltmarktes sich für die meisten Industriezweige im Verlauf des Krieges völlig verändert haben, und daß die Verhältnisse in kommenden Friedensjahren nimmermehr eine Herstellung des früheren Zustandes sein können. Der Preis der Veränderung, der erst in seinem Anfangsstadium

Das sozialpolitische Programm der Reichsregierung.

Den großen Auftritt in der Leitung der Reichsregierung, der mit dem Namen Bethmann-Schulze erfüllt, das ministerial ist und er, der leider in den letzten Tagen eine hohe Gleichverteilung hat eingeführt, alle die Beschlüsse bei der Sparte Wirtschaft, zufolge geäußerten späteren politischen

steht, wird in seinen Ergebnissen für die deutsche Wirtschaft davon abhängen, welchen Boden er für seine Entwicklung findet. Den Boden vorzubereiten über ist unsere Aufgabe. Wünsche, zu früheren Zuständen zurückzuführen, bleiben erfolglos, wenn sie noch so oft von Staatssekretären und sonst hochvertraulichen Corporationen wiederholt werden; aber sie hindern an werktätiger Arbeit, sie verzögern zum mindesten notwendige Maßnahmen, die den Zweck verfolgen müssen, auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens die nationellen Produktionssmethoden zur Geltung zu bringen und den Volkswirtschaftlichen Betriebsführung ohne Verzug abzutragen. Nicht durch Verordnung einiger befördlicher Instanzen sind die uns entstandenen Krisen aufzubauen zu lösen; die Träger der Produktion sind die zur Lösung Verurteilten, aber es muss ein Plan da sein, ein einheitlicher Willen und die Erkenntnis, dass dort, wo die Einigkeit fehlt und sich nicht einstellen will, der Staat das letzte und entscheidende Wort sprechen wird. Zusammenschlüsse und Zusammenlegungen werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, weder in drei noch in fünf Jahren nach Friedensschluss rückgängig gemacht werden können; niemand darf darüber hinweggetäuscht werden. Wiederholt vernahm man die Andeutung, dass auch Dr. Helfferich selbst nicht dem Glauben zuneige, die verschiedenen Stillegungs- und Zusammenschlüsse ließen sich nach Beendigung des Krieges bald wieder aus der Welt schaffen. Seine andersartigen Erklärungen wollte man damit begründen, dass er es für richtig halte, eine Politik der Verhügung zu treiben und deshalb den Interessenten nicht alles zu sagen, was er selbst wohl längst erkannt habe. Dass das eine außerst gefährliche Methode wäre, bedarf keiner Betonung. Aber im ganzen erscheint eine berartige „Überpolitik“ durchaus unglaublich; denn auch die großen wirtschaftlichen Kräfte sind bisher in der Art behandelt worden, die Fusionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands anzurufen.

In Erörterungen über die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle, Kupfer und Pflanzenfette um einige der wichtigsten Erzeugnisse heranzuhören, ist unter Helfferich meist der Standpunkt vertreten worden, dass uns England und Amerika, die die Kontrolle über die entscheidenden Gehölze der genannten Produkte ausüben, nach dem Kriege selbstverständlich alle diese Waren liefern würden, weil sie ja doch auch ein Interesse daran hätten, Geschäfte zu machen. Das mag einen flügelnden Eindruck machen, ist aber höchst kurzfristig; denn die geschäftlichen Fähigkeiten und Kenntnisse der Marktverhältnisse, eine wirtschaftliche Machstellung auszunehmen, wird man den Engländern und Amerikanern wohl trauen. Nichts spricht dafür, dass die Engländer oder Amerikaner sich bereit werden, die Freiheit jener Märkte herzustellen; alles dagegen spricht für die Annahme, dass zwischen englischen und amerikanischen Großkapitalsträgern unter Führung der Regierungen beider Länder eine Einigung über eine kartellistische Marktbeherrschung vorbereitet wird, unter der Deutschland der Willkür der Rationalisierung und der Preisbestimmung der englisch-amerikanischen Kartellsträger ausgeliefert sein würde. Dieser englisch-amerikanischen Strategie gegenüber müssen Entscheidungen getroffen werden, die in allererster Reihe auf dem Gebiete wirtschaftlicher Orientierung liegen.

Wenn von industriellen und kaufmännischen Organisationen das Programm gefordert und gelobt wird, dass baldmöglichst Einstellung jeder Täglichkeit kriegswirtschaftlicher Organisation und der damit verbundenen Einschränkungen der geschäftlichen Bewegungsfreiheit verkündet, so darf nicht übersehen werden, dass die Motive dafür außerordentlich verschieden sind. Die Schwerindustrie weiß sicherlich, dass eine fräftige Durchorganisation der für sie in Betracht kommenden Industriegewerbe nach dem Kriege noch mehr als vorher eine Lebensnotwendigkeit ist. Sie glaubt, im Besitz dieser Organisation bereits zu sein oder ist der Überzeugung, dass sie der staatlichen Mithilfe zu diesem Zweck sehr wohl entzogen kann, weil die maßgebenden Werke mit ihrer Gesellschaft auf Grund der eigenen Kräfte sich wohl trauen, mit Widerständen aus der Konkurrenz selbst fertig zu werden. Sträubt sich die Schwerindustrie gegen die Organisation zur Zusammensetzung der Kräfte, so will sie damit verhindern, dass außer ihren Organisationen noch andere Stellen über wichtige Fragen, und seien es nur die der Absatzverteilung und der Preisgestaltung, zu bestimmten haben sollen. Anders ist die Lage der mittleren und kleineren Industrien, die der straffen Kartellgebilde bisher entbehrt, und deren Zusammensetzung eine Aufgabe ist, die eine befriedigende Lösung nicht ohne einschneidende Maßnahmen finden kann.

Durch Bundesratsverordnung ist die an dieser Stelle bereits angekündigte Genehmigungspflicht für Gründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften ergangen. Danach bedürfen Gründungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von mehr als M. 300 000 ebenso der Genehmigung durch die Reichsbank wie Kapitalerhöhungen, die den angegebenen Betrag übersteigen. Die Ausgabe neuer Aktien, die sich im ersten Halbjahr 1916 auf 124 Millionen Mark belief, ist im gleichen Zeitraum des Jahres 1917 auf 302 Millionen Mark angewachsen, allen Mahnungen zur Zurückhaltung zum Trotz. Wie die Begründung der Verordnung darlegt, mukte nach einem gesetzlichen Mittel gesucht werden, dass die Gesellschaften zwingen, einer berufenen Stelle die obhutenden Verhältnisse klarzulegen und welches unerwünschte Belastungen vom deutschen Kapitalmarkt fernzuhalten seien. Nun drängt sich wiederum die Frage auf, in welcher Weise die Genehmigungspflicht von Kapitalerhöhungen und Neugründungen gehandhabt werden soll. Alles kommt darauf an, der Vergedung von Kapital und Kraft vorzubeugen und alle Mittel den wirtschaftlichen Stellen einzuführen, die der Stärkung im volkswirtschaftlichen Interesse bedürfen. Ein eugesundes und planmäßiges Zusammenarbeiten aller Wirtschaftskreise lässt sich nicht entziehen, wenn nicht alle Lehren und Forderungen, die sich aus dem Kriege ergeben, Distanzionen bleiken sollen.

Aus eigener Faust jedoch das Großkapital den Zusammenschluss einzurichten und rüstig fort. Zu den letzten Tagen kündigte die Disconto-Gesellschaft die Erhöhung ihres Grundkapitals um 10 Millionen auf 310 Millionen

Millionen. Sie übernimmt den Magdeburger Bankverein, die Westdeutsche Vereinshank, den Gronauer Bankverein und den Rheinischen Bankverein. Erhebliche Kosten von Aktien dieser Banken hatte die Disconto-Gesellschaft bereits in ihrem Besitz. In der Montanindustrie wird die Fusion eines überstaatlichen Werkes mit einem rheinisch-westfälischen Unternehmen vollzogen: die Bismarckhütte nimmt die Westfälischen Stahlwerke auf. Diese Verbindung zwischen Oberhausen und Rheinland und Westfalen auf dem Fusionsweg unternehmen auch die Linie-Hofmann-Werke in Breslau durch Aufnahme der Waggonfabrik Herbrand & Co. Aktiengesellschaft in Köln. Um insgesamt 150 Millionen Mark erhöhen die im Ankinionern vereinigten chemischen Werke ihre Grundkapital. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik sowie die Farbenfabrik vorm. Bayer in Leverkusen treten zu einer Vermehrung des Aktienkapitals um je 36 Millionen Mark. Die A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow erhöht ihr gegenwärtig M. 10 800 000 betragendes Aktienkapital um etwa 12 Millionen Mark. Die Chemische Fabrik Criesheim-Lichtenfelde erhöht um 8 bis 9 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark und die Chemische Fabrik Weiler-Meer um etwa 2 Millionen Mark. Den kleineren Betrieben wurde eine Erweiterung ihres Kapitals über das Verhältnis zwischen den Gewinnquoten der Interessengemeinschaft hinzusehen. Auch die Leo-Pold-Cassella Compagnie G. m. b. H. wird eine Erhöhung ihres gegenwärtig 30 Millionen Mark betragenden Grundkapitals durchführen. Die Chemischen Werke vorm. Dr. Heinrich Wolf wurden von den Guldenwerken Chemische Fabrik A.-G. in Pieschen übernommen. Im Brauereigebiete dauern die Fusionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands an.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 19. bis 24. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Oktober: Jena M. 31, Bielefeld 197,40, Bayreuth 82,45, Lüneburg 30,10, Karlsruhe 7,60, Brandenburg 45,16, Lörrach 41,10, Grimma 25,77, Meißen 15, Gotha 62,99, München 1062,32, Solingen 44,15, Straßburg i. El. 51,51, Oldenburg 28,60, Eisenach 21,57, Colmar 11,25, Düsseldorf 23,75, Kaiserslautern 4, Mühlberg 46,05, Darmstadt 39,50, Augsburg 42,75, Hildesheim 7,38, Königsberg 74,75, Striegau 11,25, Esslingen 28,25, Heiz 161,55, Leisnig-Döbeln 36, Braunschweig 134,82, Sonnenberg 26,71.

Für September und Oktober: Danzig M. 124,05, Amberg 15,93.

Für Abonnements und Annoneen: München M. 14,40.

Mit der Hauptkasse restieren für Oktober: Bad Reichenhall, Hadersleben, Harburg und Waldenburg.

Für September und Oktober: Ichhoe.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszecke.

An die Verwaltung Berlin: Von E. N. M. 3, von R. F. M. 2. Früher quittiert M. 4325,33, heute quittiert M. 5, zusammen M. 4330,33.

Sterbetafel.

Breslau. August Gebureck, am 5. November. Essen a. d. R. Karl Bombach, 20 Jahre alt.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Breslau. Erwin Beckner (Liegnitz) gestorben in einem Kriegslazarett.

Bezirk Dresden. Kurt Härtig, Bäcker, gefallen im September.

Bezirk Halle a. d. S. Manfred Repman (Zeitz), Konditor, gefallen.

Bezirk Herford. Wilh. Rosenbaum, gefallen.

Bezirk Leipzig. Karl Michel, Bäcker, 43 Jahre alt, im Lazarett gestorben.

Bezirk Nürnberg. Johann Bertlein, Bäcker, gefallen am 26. Oktober.

Bezirk Regensburg. Anton Müller (Augsburg), seinen Verwundungen im Lazarett erlegen.

Bezirk Strassburg. Carl Wegscheider (Markirch. i. E.), Bäcker, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Ein Tarifvertrag zwischen der Dampfbäckerei A.-G. in Bremen und unserer Ortsverwaltung Bremen, der jetzt abgeschlossen wurde, lautet:

S. 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Bäcker beträgt ausschließlich einer Pause von einer halben Stunde neun Stunden täglich. Wöchentlich dürfen nicht mehr als sechs Schichten geleistet werden.

S. 2. Lohn. Der Lohn der Bäcker beträgt M. 40. Zu diesem Lohn wird für die Zeit bis zum 1. April 1918 eine Leistungszulage von M. 4,50 gezahlt. Verantwortlichen Arbeitern wird entsprechend mehr bezahlt. Die Löhne gelten als Wochenlohn, und für Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, werden keine Abzüge gemacht. Für Saunernächte an Sonntagen wird M. 2 vergütet. Ausflüsse erhalten denselben Lohn wie feste Arbeiter.

S. 3. Nebenkosten. Nebenkosten werden mit 90,- pro Mann und Stunde bezahlt. Für Nebenkunden an Sonn- und Feiertagen wird pro Stunde M. 1 bezahlt.

S. 4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wechselseitig, und zwar Freitag; ist der Freitag ein Feiertag, am vorhergehenden Werktag.

S. 5. Ferien. Alle Beschäftigten erhalten, sofern sie vor dem 1. Januar des betreffenden Jahres eingestellt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Weiterzahlung des Lohnes 6 Arbeitstage Ferien. Nach dreijähriger Beschäftigungsdauer 9 Arbeitstage. Die Ferien sind in der betriebsstillen Zeit zu nehmen. Lieber die Teilzeit wird zwischen der Geschäftsführung und dem Arbeiterausschuss vorher eine Vereinbarung erzielt.

S. 6. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Alle im Betriebe beschäftigten ledigen Arbeiter erhalten bei einer Beschäftigungsdauer

von 1 Monat: 3 Tage

„ 1 bis 3 Monaten: 6 Tage

„ 3 bis 5 Jahren: 2 Wochen

„ 5 Jahren: 3 Wochen

„ über 5 Jahre: 4 Wochen

Zuschuss zum Krankengeld, so dass Zuschuss und Krankengeld die Summe des zugehörigen Lohnes ausmachen. Verheiratete Arbeiter erhalten bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 3 Monaten den Zuschuss genau wie Ledige; bei einer Beschäftigungsdauer über 3 Monate erhalten sie eine Verdopplung des Zuschusses zum Krankengeld.

S. 7. Kündigung. Die Kündigungsfrist beträgt für beide Teile 3 Tage.

S. 8. Arbeiten an Wochenfeiertagen. Die an Wochenfeiertagen zu leistenden Arbeitsstunden werden mit Überstundenzulohn extra vergütet.

S. 9. Schlüfung von Differenzen. Entstehen zwischen der Firma und den Beschäftigten aus dem Arbeitsverhältnis Differenzen, so ist deren Beilegung durch mündliche Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuss des Betriebes oder dem zuständigen Organisationsvertreter zu schließen. Führen diese Verhandlungen zu keinem beide Seiten befriedigenden Ergebnis, so ist das Gewerbeamt Bremen als Einigungsamt einzurufen.

S. 10. Schlußbemerkungen. Die bei der Einführung dieses Tarifes bestehenden günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch diese Neuregelung nicht beseitigt, sondern behalten auch nach derselben ihre Gültigkeit. Dieser Tarifvertrag gilt für die Dauer von 2 Jahren, und zwar vom 1. Oktober 1917 bis 31. Oktober 1919. Wird derselbe nicht einen Monat vor Ablauf von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt, dann läuft er stillschweigend ein Jahr weiter und immer so fort, bis von einer Seite eine Kündigung erfolgt.

Bremen, den 20. November 1917.

(Unterschriften.)

Fabrikbrauerei.

Bei Brüder Hörmann A.-G., Dresden, Bäckerei sind nach Vorstellung des Arbeiterausschusses die Löhne für die Arbeitnehmer um 8,- pro Stunde erhöht worden, so dass sie nun 43,- pro Stunde betragen.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Takob Burgmeier †. Am 20. November ist unser ältestes Mitglied in Hamburg und zugleich das älteste Mitglied unseres Verbandes in ganz Deutschland durch den Tod von längerer Krankheit erlöst worden. Jakob Burgmeier trat im Juni 1888 dem Fachverein der Bäckergesellen von Hamburg-Altona bei; im Jahre 1889 war er außerordentlich dafür tätig und nahm eröffnetes Ziel in Erfüllung, dass sich der Fachverein dem neu gegründeten Centralverband der Bäcker Deutschlands anschloss. Seit dieser Zeit ist unser Jakob ein stets eifriges Verbandsmitglied gewesen, hat besonders in den schwierigen Zeiten der Organisation bei dem schwäbischen erbitterten Streit im Jahre 1896 nicht seinen Mann gestanden. Während des Streits errichtete er eine Gastwirtschaft, die sofort das Bekehrtslokal der Streiter und der Zentralpunkt des Streits wurde. Mancher in Not befindliche Streitende ist von ihm in dieser harten Zeit verpflegt worden, ohne dafür bezahlen zu können. Nach dem Streit arbeitete unser Freund zeitweilig im Hafen und fand dann dank Glücklich daunter in den Geschäftshäusern seine Ersparnis; zuletzt war er über ein Jahrzehnt in der „Produktion“ tätig. Seine Eifer in der Gewerkschaft und besonders in der Partei ließ bis zum Ausbruch seiner Krankheit nicht nach; er war in gewerblicher Beziehung höchst seinen Mann geblieben; war er in der Arbeit der beliebteste und geschätzte Kollege seiner Mitarbeiter, so war er auch in der sozialdemokratischen Partei einer der fleißigsten und eifrigsten Pioniere. Ein Kreis unserer Verbandsmitglieder wirkte er schon unter dem Sozialistengesetz eifrig, um Anhänger und Kämpfer für die Partei zu werben, und freudestrahlend wies er darauf hin, als es ihm zum ersten Male gelungen war, alle Verbandsmitglieder und Vertreutensleute der Partei als Mitglieder zuzuführen. Sein Eifer in der Gewerkschaft und besonders in der Partei ließ bis zum Ausbruch seiner Krankheit nicht nach; nach 34 Jahren hat er als leuchtendes Beispiel von Pflichttreue in unserer Gewerkschaft mitgespielt und 31 Jahre in der sozialdemokratischen Partei. In Trauer sehen wir unser selbstlosen Freund aus unserer Mitte scheiden! Ein ehrliches Andenken bleibt dem Braven!

Chemnitz. Am 14. November fand in Niederhäslein bei Wissau i. S. im „Gasthof Bogenstein“ eine allgemeine Bäcker- und Konditorenversammlung statt. Kollege Heil-Chemnitz sprach über die Themen: „Wo steht das gesetzliche Verbot der Nacharbeit?“ und „Die Lehrlingsfrage während des Krieges.“ Zu beiden Vorträgen fand eine lebhafte Aussprache ein. Alle zu den beiden Fragen sprechenden Meister stimmt den Ausführungen des Vortragenden zu. Die bekannten beiden Entschließungen wurden einstimmig angenommen. Die Versammlung war von Seiten der

Meister, Meisterfrauen und Gesellen stark besucht; letztere waren alle, soweit sie noch verhübt sind, erschienen. Die Sitzung eröffnet sich am weit ausgedehnten Tisch. Mit der Wahn, der Elektrizität und mit Zubehör waren die Versammlungsdeputirten aus Wilhelmsburg, Niederhafencamp, Bodenwerder, Aue, Oderholzendorf und anderen Orten eingetroffen.

Oberfeld. Am 27. Oktober fand hier im Volkshaus eine Quartsversammlung statt, zu der auch die unjern Verhandlungen noch bestehenden in Brothäusern und kleinen Bäckereien beschäftigten Kollegen eingeladen wurden. Vorsitzender Winter gab zunächst den Berichts- und Geschäftsbericht; der Haushaltsumzug ist gegen das gleiche Quartal des Vorjahrs um einiges zurückgegangen. Dieses ist darum aufzuführen, daß jenseitig Kollegen zum Militär eingezogen wurden. Erstdem ist unsere Zahlstelle in guter Ordnung geblieben. Am Anhören an den Bericht erfuhr Winter, da in letzter Zeit sehr viele Feldpostbriefe als unlesbar zurückgekommen sind, alle Mitglieder, die Verbindung mit ihren Kollegen im Felde haben, wenn irgend möglich, dafür zu sorgen, daß jede Adressenänderung unserer Zahlstelle sofort mitgeteilt wird, damit eine pünktliche Auslieferung der Feldpost und Zeitungen erfolgen kann. Dann hielt Bezirksschreiber Reiter, Eßen, einen Vortrag über das Nachbachverbot und Einschränkung der Lehrlingszahl in unserm Verein. Verständlich und ausführlich wußte er auch, wie idäisch die Nacharbeit für unjern Verein ist; auch könnten wir unseren Kollegen, die im Felde stehen und kriegerisch hold alle gesammt wieder zurückkehren, keinen besseren Dank erweisen, als daß wir die Nacharbeit durch ein Gesetz bestimmt hätten. Und wir können dies erfordern, weil in die Wehrzeit unserer Arbeitgeber mit dafür einzutreten, da die Nacharbeit niemals wiederkehrt. Einstimmig wurde dann die bekannte Resolution angenommen. Darauf rief der Vorsitzende aus, daß von einwandfreiem Zahlenmaterial nach, wie ungeheuer die Lehrlingszahl in unserem Verein gestiegen ist, sie steige in einem Verhältnis mehr zur Zahl der Gesellen, und dies muß von großer Einfluss auf das ganze Gewerbe sein. Wir müssen also entschieden Vorsicht nebst diese Anträge einlegen und fordern, daß die Zahl der Lehrlinge eingeschränkt werde. Wenn die Fassade von Betriebskollegen aus dem Felde zurückkehren, wären wir sonst mit sehr großer Arbeitsbelastung zu rechnen haben. Die Resolution zur Lehrlingsfrage wurde ebenfalls einstimmig angenommen; und fanden alle Anwesenden Reiters allgemeine Zustimmung. Zum Schluß erinnerte Winter noch die Kollegen, die Beiträge pünktlich zu zahlen, damit wir keine Belasten hätten und unsere Betriebskollegen wie bisher in geordneten Verhältnissen dienen könnten.

Der Sitzungspräsident, daß die Resolutionen überreicht werden waren, bat unserer Zahlstelle, denn es sei nicht, daß sie jetzt noch nicht den richtigen Augenblick für zusammenzutreffen, gegen die leider Fällerweise zu große Lehrlingszunahme mit vorläufigem Erfolge vorzugehen. Die betreffenden Verhandlungen seien für unter Gewerbe höchst bedeutsam, doch würde mit Empfehlung und Beschlüssen nichts erreicht werden. Jeder hofft sich, so gut er könne. Die Fassade werde aber, so bald die Verhältnisse es gestatten, jenseits darüber achten, daß die geistlich religiöse Regel in der Einstellung von Lehrlingen berücksichtigt wird. Es würde zu viel führen, künftlich auf dieses traurige Kapitel einzugehen. Die Abstimmung der Nacharbeit ist auch ihr Ziel, dem Eben noch bei man auch mit unserer Resolution einverstanden. Daß die Fassade es ablehnt, schon jetzt auf eine Abschaffung der Regel in der Lehrlingshaltung einzugehen, in bedeutendem Maße hat keinen Einfluß auf die Kollegien, die Lehrlingszahlen zu einem veränderten Handeln anzuregen?

Sachsen-Anhalt. Das gesuchte Verbot der Nacharbeit wurde erneut in einer zum 15. November nach dem Bäcker-Schulungskomitee stattfindenden Versammlung gefordert. Sie war von den Gesellen gut besucht. Obgleich auch die Werner eingeladen waren, sahen nur einige Meister und Techniker freudig erscheinen. Das Meister- und Bäcker-Schulungskomitee erlangte, daß das von den maßgebenden Verhandlungen wiederholt in Aussicht gestellte Nachbachverbot endlich Gesetz werden möge, und da dies nun von den Meistern und Gesellen erwartungsvoll wurde, so sollte ihnen dieser Fortschritt endlich Gelassenheit, und vielleicht des Widerstandes einiger Fabrikanten der Großbetriebe, die jetzt aus Praktizierende wollten, daß die Nacharbeit wieder eingeschränkt wird. Zur Lehrlingsfrage sang Freiherr von undere Schätzungen und auf die Stärke ein, die wir bei dem "Germania"-Vorstand unternommen haben. Der Generaldirektor ist dagegen auf die Gefahr verwiesen, daß die durch das Seilen von einer übergrößen Zahl von Gesellinnen beim Betriebe droht; er faßt es für unverhütbare, obgleich er im October aus sich verlemt, jetzt schon Maßnahmen zu ergreifen. Die Zahl der angestrebten Lehrkraft zu befrüchten. Die Gesellen appellierte nun an die Fassade der Fassaden, den einzelnen Meistern dringend zu raten, in der Aussicht von Lehrlingen größte Verantwortung waffen zu lassen. Es sei notwendig, damit die beiden Konkurrenz betriebsführenden Gesellen und jüngerer Meister, die durch die Kriegsabschaffung ihrer Gesäßsitze verlorener hatten, wieder Stellung in dem Felde finden könnten. Die Resolutionen, welche hierzu vorlagen, wurden von den betriebskollektiven einstimmig angenommen. In der Absprache wurde entschieden, daß es unserer Fassade in der Kriegszeit möglich gewesen sei, zum Wohle der Betriebskollektiven und des ganzen Bereichs mitzuwirken.

Regensburg. Am 10. November trug in der Schillerstraße eine allgemeine Bäcker-Schulungskomiteeversammlung mit der Sitzordnung: 1. Die Eröffnung der Bäcker-Schulung und andere Preise. Richten: Genossen Hans Münchmeyer, Schuhmachermeister des neuen Deutschen. 2. Der neue Vorsitz der Bäcker-Schulungskomitee gegen das Nachbachverbot und die Empfehlungen des Germania-Bundes und Regierung der Lehrlingsfrage. Zum zweiten Punkte der Sitzordnung standen folgende Gesetzesvorschläge: Die Bäcker-Schulung habe ein Ziel, das Schulung und Nacharbeit miteinander besser verbinden soll, und zu beobachten. Das Ziel ist ein ganzes Nachschulung ein ganzes Schulungs- und Nacharbeitsjahr. Um so mehr ist es zu befürchten, daß großer Teil von

Bäckermeistern wohl nicht mehr die Nacharbeit kommen wird, das hat sich bei der Abstimmung im Felde gezeigt. Trotzdem aber lehnen die Bäcker-Schulungskomitee schon wieder Stimmen mit einer Petition an den Bundesrat, indem sie die Schulentlassung und die geplante Zusammenlegung der Bäckermeister vorschreiben. Diese neuere Bewegung geht von Dresden aus. Sie werden aber auch mit diesem Wandel nichts Erfreuliches erreichen können, daß der Turniertandem unserer Organisationsleitung. Auch viele Geistesgegenstände treten für Beibehaltung der Lagerarbeit ein. Es liegen wieder neue Petitionen vor, davon eine gegen und die andere auf die Lagerarbeit sind. Die Arbeitszeit wird bemessen für Mittelbetriebe auf zehn Stunden und für Großbetriebe auf acht, eventuell 16 Stunden. Auf diesem Standpunkt stehen die freien, die christlichen und die katholischen Gewerkschaften. Am Jahre 1903 auf dem Verbundetage in Dresden war die erste Bewegung gegen die Nacharbeit; eine allgemeine Eintrittung seitens der Meister war damals zu hören. Die Leipziger Fassade ließ den dortigen Magistrat schon abschließen, indem sie erklärte, nicht die Lagerarbeit sei schuld an dem schlechten Brot, sondern das verponsierte Strohmehl; im übrigen kann man auch bei Tage ein gutes Brot backen. Die Lehrlingsfrage müßte neu geregelt werden; heute habe es nur mehr ungeliebte Nacharbeitstagelöhner. Von den eingeladenen Meistern war Herr Schwäger anwesend, der auch für Annahme der beiden Resolutionen stimmte. Strenge werden Meistern auf die Finger gelegt werden, die das Nachbachverbot überstehen, was in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist.

Steinfurth. Am 10. November hielt die Zahlstelle eine außerordentliche Versammlung ab, wozu die genaue heutige Meisterschaft eingeladen war. Bevor der Vorsitzende auf die Sitzordnung einging, wurde des Kollegen H. Weiß gedacht, der nach langem Leiden gestorben ist. Kollege Weißfeld sprach dann über: "Wo bleibt das dauernde Nachbachverbot?" Es müsse nun ein Gesetz kommen, und zwar so schnell wie möglich. Auch führte er die Abstimmung der Meister und Kollegen im Felde an. Darauf ging Weißfeld mit die Lehrlingsfrage ein und führte die Zahlen unserer letzten Erhebung vor. Nach Beendigung des Krieges, wenn unsere Feldgrauen heimkehren, würden sie keine Arbeit erhalten können und den schwersten Untergang erleben, wenn nicht sofort bessere Maßnahmen ergreift würden. Die heute in so erfreulicher Zahl eingestellten Lehrlinge würden dann mittlerweile Gesellen werden, können aber nicht einmal Friedensbrot und Äuchen herstellen. Die Fassaden sollten deshalb sofort die Erstellung von Lehrlingen aus das bisherige bekränzen. Meister erneite für seinen Vortrag großen Beifall. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Darauf meldete sich noch Obermeister Riede zum Wort und führte aus, daß die Sittlinet Fassade in den Verhandlungen daran habe, daß die Nach- und Sonntagsarbeit wiederforte, sondern sie würde sich dagegen zur Wehr setzen. Gleichfalls soll der Mensch arbeiten und dann sieben zu tun haben! Da bezüglich der Lehrlingsfrage war der Obermeister allerdings der Ansicht, daß sich die Lehrlinge den Semmel- und Kuchenamt mit annehmen würden. Der Kämmerer gab nach die Abrechnung über das dritte Quartal. Die Erntehöhe betrug M. 850,59, die Ausgabe M. 474,53, der Bestand M. 376,06.

Allgemeine Rundschau.

Die fabrikische Unterseite. Dem "Statist" vom 29. September ist zu entnehmen, daß die diesjährige Zuckerernte Kubas die vorjährige noch zu übertreffen scheint. Schon die vorjährige erreichte mit 3 Millionen Tonnen eine noch nicht dagewesene Höhe, die bei der gleichzeitigen Preissteigerung um 10 bis 30% dem Land großen Reichtum einbrachte. Verschiedene Schätzungen hatten die diesjährige Ernte nur um 2,5 Millionen Tonnen bewertet; jetzt aber schätzt sie der Nachrichtendienst der Fabrikations-Republik auf 3 Millionen oder 16% mehr als die letzte. Nunmehr ist wirtschaftlich dazu, so wird die Fassade daraus großen Gewinn ziehen, da nirgends Süßzucker vorhanden und die Nachfrage nach Rohrzucker so groß ist, daß jede Tonne, die ausgeliefert werden kann, ganz von den Märkten Amerikas und Europas aufgenommen werden wird.

Nietzsches.

Bau des "Sozialistischen Monatsheftes" ging am 23. Oct. 1917 zu Kreis 60, 1. Man abonnieren auf die "Sozialistischen Monatshefte" (von denen alle zwei Wochen ein Heft erscheint) in allen Buchhandlungen, Kiosken usw. und auf jeder Postamt, ferner direkt beim Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Rosdamer Straße 121 H, Berlin 11. Die Auflösung in öffentlichem oder geschlossenem Lubrit. Der Abonnementssatz beträgt für ein Vierteljahr (6 bis 8 Hefte) für Deutschland und Österreich-Ungarn durch die Post oder Buchhandlung M. 3,60.

Von der "Neuen Zeit" ist soeben das 8. Heft vom 1. Band des 36. Jahrganges erschienen. Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kiosken zu einem Preis von M. 3,60 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom "Wahren Jacob" ist soeben die 24. Nummer des 34. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag S. H. W. Druckerei, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kiosken zu beziehen.

Der in einem zweckdienlichen Jahrgang vorliegende neue Kalender für das Jahr 1918 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt H. & C. Co. in Hamburg), dessen Ausstattung trotz alter Schmucktitel noch eine ganz ausgewogene ist, enthält unter anderem: Kalenderum, Kündblicke, Beauftragte der Fassaden, Komödien. Unserer Fassade (mit

Wortl.) Wissen und Macht. Am Kreislauf des Schatzes. Weizen, Skizze von Rich Müller (mit Illustrationen). Karl Marx von Willi Bloch (mit Bildern). Das Leben, Gedicht von Willi Mann. Max Klinger's Darstellung des Krieges (zu jedem Hauptbild). Konsolidationsmärkte auf dem östlichen Kriegsschauplatz von Adolf Bruno (mit Illustrationen). Der unterirdische Krieg, Skizze von F. Bernau (mit Illustration). Die Kämpferin Anna kommt über die Kriegsschauplätze der Gegenseite. Absatz, Erzählung von Helene Voigt-Diedrichs (mit Illustrationen). Merkliche Kriegskunstpflichter, von Dr. S. Dräger (mit Illustrationen). Zeitgemäße Stärke. Die Wohlthat der Dechtfeldtechnik von Lehr Linke (mit Illustrationen). Eine Geschichte vom Alkopop von Richard Schiller. Komödie im Vorspiel, Blaudruck von Alfred Weiser. Der Feuersturm, Gedicht von G. Feldner. Papier-Zeitung, von Karl Hermann. Gründner, Bild von Alfred Weisser (mit Illustrationen). Wahrheitshistorie von Dr. Franz Diebedorn (mit Illustrationen). Das Mädchen spricht, Gedicht von Ludwig Lessen. Die Sozialpolitik im Kriege, von Friedrich Kleinschmidt, Motiv, von Adolf Werner (mit Illustrationen). Geschichtliche Vermischungen, Kraftgrenzen der Sprengstoffe (mit Illustration). Graue aus der Heimat (mit Illustration). Das Schädel von Alfred Schäfer (mit Zeichnungen). Menschenjunge, fliegende Blätter, für unsere Kästelloser. Außerdem drei Bilder auf Kunstdruckpapier: Der Krieg, Nachrichten aus dem Felde, Winterabend. Ein Wandkalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 50 Pf.

Spitzenkurs am 1. Dezember
in der 49. Wochenschriftung für 1917
(2. bis 8. Dezember) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Montag, 2. Dezember:

Dortmund: 8 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Müller, Böhmerstraße. — Saarbrücken: Im Gasthaus „Zum Pfalz“, Neunkirchen, Wallstraße 38. — Zahl: 3 Uhr in „Domberg“ Amtshof.

Dienstag, 3. Dezember:

Potsdam: 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 88. — Regensburg: 7 Uhr, „Schillerlinde“, Großen-Gasse 31.

Donnerstag, 5. Dezember:

Eisenach: Gasthaus „Zum weißen Löwen“, Alexanderstraße 105. — Zahl: 9 Uhr in „Zum schwarzen Diamanten“, Eisen-W., Frohnhauser Markt.

Freitag, 6. Dezember:

Essen a. d. Rh.: Vorm. 10 Uhr, „Zum schwarzen Diamanten“, Essen-W., Frohnhauser Markt.

Samstag, 7. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße. — Zahl: 8 Uhr in „Zum weißen Löwen“, Alexanderstraße 105.

Sonntag, 8. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Montag, 9. Dezember:

Essen a. d. Rh.: Vorm. 10 Uhr, „Zum schwarzen Diamanten“, Essen-W., Frohnhauser Markt.

Di. 10. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Mittwoch, 11. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Donnerstag, 12. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Freitag, 13. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Samstag, 14. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Sonntag, 15. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Montag, 16. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Mittwoch, 18. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Donnerstag, 19. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Freitag, 20. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Samstag, 21. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Sonntag, 22. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Montag, 23. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Mittwoch, 25. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Donnerstag, 26. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Freitag, 27. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Samstag, 28. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Sonntag, 29. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Montag, 30. Dezember:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Mittwoch, 1. Januar:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Donnerstag, 2. Januar:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.

Freitag, 3. Januar:

Wiesbaden: 10 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße 105.